

Nr. 02 / 2019

PRESSEMITTEILUNG

VKU-Landesgruppe Bayern: Rahmenbedingungen für Akteure vor Ort schaffen

München, Schweinfurt 23.10.2019 Der Vorstand der Landesgruppe Bayern des Verbandes Kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) hat am 23. Oktober 2019 bei den Stadtwerken Schweinfurt getagt. Neben den Entscheidungen der Bundesregierung zum Klimapaket und deren Auswirkungen auf Kommunen, kommunale Unternehmen und Kunden wurden die Ergebnisse des bayerischen Energiegipfels diskutiert. Dieser fand am 30. September 2019 unter Leitung der Staatsminister Aiwanger und Glauber statt. Beide zeigen, Gesetze und Verordnungen im Energierecht sind inzwischen so zahlreich und verwoben, dass selbst Juristen den Überblick verlieren. Daher hat sich der Vorstand vom Leiter der Stiftung Umweltenergierecht, Herrn Thorsten Müller, dessen Initiative „Neuordnung Energierecht“ vorstellen lassen.

In Bayern leisten allein im VKU rund 37.000 Beschäftigte in kommunalen Unternehmen maßgebliche und lebenswichtige Ver- und Versorgungsaufgaben. „Wir sind ein zentraler Standortfaktor. Gerade vor dem Hintergrund einer sich weltweit abschwächenden Konjunktur, die insbesondere auch die bayerischen exportorientierten Unternehmen betreffen kann, ist eine funktionierende und nachhaltige Versorgung auf kommunaler Ebene wichtiger denn je“, stellte Thomas Kästner, Geschäftsführer der Stadtwerke Schweinfurt GmbH heraus.

„Die Leistungen der Daseinsvorsorge für unsere Gesellschaft und Wirtschaft sind immer Ausgangspunkt unserer Gespräche mit den politischen Entscheidern“, unterstrich Josef Hasler, Vorsitzender der VKU Landesgruppe Bayern. „Nach dem Klimapaket legen wir nun Wert darauf, dass dessen zögerliche Ansätze tatkräftig unterlegt werden. Nachhaltige Energieversorgung gelingt mit den Akteuren vor Ort – dezentral, erneuerbar und versorgungssicher. Die Politik ist gefordert, dafür den Rahmen zu schaffen. Im Klimapaket stehen Einzelmaßnahmen, ein politischer Rahmen muss Perspektive bieten“, so Hasler. Mit Initiativen, wie der Neuordnung des Energierechts der Stiftung Umweltenergierecht ließe sich daran arbeiten.

Für diese Arbeit vor Ort sind gute Mitarbeiter die entscheidende Grundlage. Augenmerk wurde somit auch auf den bayerischen Arbeitsmarkt und den in vielen Teilen des Freistaats weiterhin herrschenden Fachkräftemangel gelegt. Die bayerischen kommunalen Unternehmen begegnen dieser Herausforderung, der Suche, Qualifizierung und Bindung der besten Talente, täglich aktiv. Offen steht Ihnen seit Kurzem das Stellenportal „Traumjob vor Ort“ unter dem Dach der kommunalen Spitzenverbände, dessen Entstehung die Landesgruppe begleitet hat. Hier können auch kommunale Unternehmen ihre Angebote sichtbar machen.

Emmy-Noether-Str. 2
80992 München

braun@vku.de

Geschäftsführer:
Gunnar Braun

Fon +49 89 2361-5091
Fax +49 89 2361-705091

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt rund 1.500 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit mehr als 268.000 Beschäftigten wurden 2017 Umsatzerlöse von knapp 116 Milliarden Euro erwirtschaftet und rund 10 Milliarden Euro investiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen haben im Endkundensegment große Marktanteile in zentralen Versorgungsbereichen (Strom 61 Prozent, Erdgas 66,7 Prozent, Trinkwasser 86,4 Prozent, Wärmeversorgung 70,2 Prozent, Abwasserentsorgung 43,8 Prozent). Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 68 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Die kommunalen Unternehmen versorgen zudem mehrere Millionen Kunden mit Breitbandinfrastrukturen. Sie investieren kontinuierlich Millionenbeträge in digitale Infrastrukturen von Glasfaser bis Long Range Wide Area Networks (LoRaWAN) in den Kommunen und legen damit die Grundlagen für die Gigabitgesellschaft.

In Bayern sind 203 kommunale Unternehmen im VKU organisiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen in Bayern leisten jährlich Investitionen in Höhe von über 1,4 Milliarden Euro, erwirtschaften einen Umsatz von knapp 14 Milliarden Euro und sind wichtiger Arbeitgeber für über 37.000 Beschäftigte.